

Medienmitteilung

Bern, 15. September 2017

SwissHoldings: Nein zur «Unternehmens-Verantwortungs-Initiative» ist folgerichtig

SwissHoldings begrüsst, dass der Bundesrat dem Parlament empfiehlt, die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» abzulehnen. In der heute veröffentlichten Botschaft setzt er richtigerweise auf ein international abgestimmtes Vorgehen und bestehende Instrumente.

Die Initiative nimmt ein wichtiges Grundanliegen auf. Zu Recht hält der Bundesrat jedoch fest, dass das Volksbegehren über das Ziel hinausschiesst. Schweizer Unternehmen würden mit der Unternehmens-Verantwortungs-Initiative für Verfehlungen im Ausland einklagbar, auch wenn diese durch Lieferanten in der globalen Wertschöpfungskette verursacht wurden.

Gleichzeitig unterstützt SwissHoldings den Weg des Bundesrats, wie man den Anliegen der Initiative alternativ gerecht werden kann. In dieser wichtigen Frage der Corporate Social Responsibility ist nur ein international koordiniertes Vorgehen zielführend. Insbesondere die OECD und die UNO haben in den vergangenen Jahren wertvolle Arbeit geleistet. Namentlich die neuen Ansätze für die Zusammenarbeit mit den Zulieferern weltweit sowie der Fokus auf Dialog und Mediation auch über die Plattform des Nationalen Kontaktpunktes haben sich als vielversprechend erwiesen.

SwissHoldings geht mit dem Bundesrat überein, dass es nun prioritär ist, diese Standards weiter zu implementieren. Die Wirtschaft hat die dazu erlassenen Aktionspläne stets unterstützt. Auch hält der Bundesrat zu Recht fest, dass die Schweizer Unternehmen ihre Verantwortung sehr ernst nehmen: Sie haben ihr Engagement in den letzten Jahren stark ausgebaut und ihren Beitrag dazu geleistet, dass diese Instrumente zu Standards wurden. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass die Unternehmen bei ihren Auslandaktivitäten stets auch der Rechtsordnung des Sitzstaates und der Gastländer unterstehen.

Die Initiative hingegen bricht mit den grundlegenden Prinzipien des Haftungs-, des Gesellschafts- und des internationalen Privatrechtes und stellt einen Rückschritt in der internationalen Diskussion zur Unternehmensverantwortung dar. In diesem Zusammenhang bedauert SwissHoldings, dass die Initiative auf Konfrontation mit den Unternehmen geht und damit vorhandene partnerschaftliche Programme zwischen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zunehmend erschwert. Der Verband befürchtet, dass immer wieder Prozesse lanciert würden mit dem Ziel, Aufmerksamkeit für ein (politisches) Anliegen zu erzeugen oder einem Unternehmen bewusst reputationsmässig zu schaden.

Für Auskünfte:

Gabriel Rumo | Direktor | 079 712 20 20

Denise Laufer | Bereichsleiterin | 031 356 68 68